

## Wer keine Wahl hat

Nicht alle Menschen in Deutschland sind gleichermaßen an demokratischen Entscheidungen beteiligt. Andere Länder sind da wesentlich weiter, weiß Bernhard Wagner



FOTO: PIVABAY

Wenn Bielefelderinnen und Bielefelder im nächsten Jahr zur Kommunalwahl an die Urnen gerufen werden, bleiben viele Menschen außen vor. 110.000 Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund aus über 160 Ländern leben in der Stadt. Rund die Hälfte von ihnen hat keinen deutschen Pass. Das sind etwa 16 Prozent der Stadtbevölkerung. Sie können nur alle sechs Jahre an der Wahl des Integrationsrates teilnehmen, sofern sie seit mindestens einem Jahr ihren festen Wohnsitz in der Stadt haben. Immerhin, aber echte demokratische Teilhabe ist das nicht.

Emir Ali Sag weiß von ausländischen Staatsangehörigen, die als Gastarbeiter nach Deutschland kamen und hier seit 50 oder 60 Jahren leben. »Da sind Menschen darunter, die nie gewählt haben«, sagt der Geschäftsführer des Integrationsrates. »Viele Gastarbeiter haben sich nie einbringen können. Sie waren ihr Leben lang Betreuungsobjekt.«

Der Integrationsrat will Benachteiligungen von Zuwanderern abbauen. Er ist ein beratendes Gremium der Stadt und kann Stellungnahmen zu Vorlagen des Stadtrates oder der Ausschüsse abgeben. 17 Vertreterinnen und Vertreter werden direkt gewählt, weitere acht Mitglieder kommen aus dem Stadtrat dazu. Das der Integrationsrat in der Bevölkerung kaum bekannt ist, liegt auch daran, dass er nur selten an die Öffentlichkeit tritt. Die stellvertretende Vorsitzende Murisa Adilovic würde gerne mehr Öffentlichkeitsarbeit machen. Aber der frei verfügbare Etat des Gremiums beträgt nicht einmal 8.000 Euro und die Dreiviertel-Stelle für die Geschäftsführung reicht nicht wirklich aus. »Wir sind sparsam. Wir kommen damit hin«, lautet der trockene Kommentar Adilovics.



### Andere Teile der Gesellschaft sind weiter

In Punkto Gleichstellung sind andere Teile der Gesellschaft deutlich weiter als die Politik. Zur Wahl von Vertretungsorganen in Universitäten oder Sozialversicherungen können auch ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ihre Stimme abgeben. Aktives und passives Wahlrecht haben sie auch für Personal- und Betriebsräte. Wenn die Rede von Gewerkschaften ist, geht ein Lächeln über Emir Ali Sags Gesicht. »Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen zeigen, dass ausländische Beschäftigte wegen ihrer Kompetenz von deutschen und ausländischen ArbeitnehmerInnen gleichermaßen gewählt werden«, heißt es beim DGB. Materialien zu den Wahlen werden in 15 verschiedenen Sprachen herausgegeben. Im Bereich der IG Metall sind 3.000 der 50.000 Betriebsräte ausländische Staatsbürger. 400 stehen den Gremien als Vorsitzende vor.

Zumindest ein kommunales Wahlrecht für ausländische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger fordert auch der Verein »Mehr Demokratie«. Wer hier lebt, arbeitet und Steuern zahlt, so die Argumentation, solle auch mitbestimmen können. Zuletzt hat es in NRW vor zwei Jahren den Versuch gegeben, ein Wahlrecht für alle einzuführen. Dafür muss allerdings die Landesverfassung geändert werden. Die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit kam nicht zustande, da die konservative Seite befürchtete, ausländische Politiker könnten über Unterstützerparteien Einfluss auf die deutsche Politik ausüben. Dass nordrhein-westfälische Gemeinderäte dann unter Erdogan- oder Putinbildern tagen müssten, ist allerdings unwahrscheinlich. Schon jetzt können in 15 der 28 EU-Mitgliedsstaaten ausländische Staatsbürger wählen, gekoppelt an eine Aufenthaltsdauer von sechs Monaten, wie in Irland oder von fünf Jahren, wie in den Beneluxstaaten. Ganz unproblematisch.

## »Ich will für alle da sein«

Murisa Adilovic fordert ein kommunales Ausländerwahlrecht. Bernhard Wagner sprach mit der stellvertretenden Vorsitzenden des Bielefelder Integrationsrates

Viertel: Im letzten Jahr haben am Rathaus eine Reihe von Kundgebungen unter dem Motto »Wir sind mehr« stattgefunden. Es ging darum, gegen Hasspropaganda und Diskriminierungen Stellung zu beziehen. Sie waren eine der Initiatorinnen der Veranstaltungen. Können sich Migrantinnen und Migranten nicht auch ohne Wahlrecht demokratisch einbringen?

Murisa Adilovic: Ja, aber das reicht nicht. Wahlen sind ein wichtiges Mittel der Demokratie. Wir brauchen ein kommunales Wahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger, die in der Stadt leben. Es gibt zwar Integrationsmaßnahmen, aber keine wirkliche Teilhabe. Menschen, die oft seit 50 Jahren hier leben, fühlen sich nicht angenommen und angesprochen. Ohne Wahlrecht werden sie auch von der Politik weniger ernst genommen.

Sie kommen ursprünglich aus Bosnien. Welche Gruppe vertreten Sie im Integrationsrat?

Keine. Ich will für alle da sein. Es gibt Vertreter bestimmter Gruppen bei uns, aber auch gruppenübergreifende Listen. Ich bin als Einzelkandidatin gewählt worden.

Was könnte die Stadt besser machen?

Ich möchte, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht. Auch bei der Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund. Sie müssen in der Gesellschaft einfach sichtbarer werden. Das sind viele Kleinigkeiten. Zum Beispiel wurde die Einbürgerungsfeier abgeschafft. Das kostet nicht die Welt. Aber es macht viel aus, ob sich Menschen angenommen und gewürdigt fühlen. In anderen Städten werden Einbürgerungen festlich gestaltet. Wir brauchen eine andere Willkommenskultur. Als ich hier ankam, musste ich um viele Informationen kämpfen, die ich als Neuangekommene nicht hatte. Das war mit zwei Kindern keine einfache Situation. Ich würde mir auch eine Einbürgerungskampagne wünschen.



FOTO: KLAUS FEURICH

Und die Gesellschaft?

Ich wünsche mir, dass wir in der Gesellschaft mehr aufeinander zugehen. Das braucht ein wenig Engagement, denn bei vielen Betroffenen hat sich auch Resignation breitgemacht. Bei der interkulturellen Elterneinbeziehung an den Schulen sehe ich zum Beispiel noch Nachholbedarf. Da wäre es wichtig, Eltern mit Migrationshintergrund gezielt einzubeziehen. Nicht erst wenn es Probleme gibt.

An die Einwanderung polnischer Arbeiter im Ruhrgebiet vor mehr als 100 Jahren erinnern heute nur noch die polnischen Namen. Werden die Einwanderer von heute nicht auch irgendwann in einer Normalität ankommen?

Da ist noch einiges zu tun. Politiker mit Migrationshintergrund werden oft auf Migrationsthemen reduziert. Normalität wäre, wenn sie auch bei anderen Themen wahrgenommen würden, Verkehrspolitik, Innenpolitik oder Wohnungsbau. Das gilt auch für die Bürgerinnen und Bürger. Ich möchte, dass sie bei den »normalen« Themen einbezogen werden. Auch im Kleinen auf kommunaler Ebene. Zum Beispiel bei Bauplanungen. Da gibt es meist keine Gespräche mit ausländischen Gruppen oder Vereinen, auch wenn sie ein Stadtviertel mit prägen.



ibis

Anzeige



LORBEER-APOTHEKE

Seit  
50 Jahren  
mitten im  
Bielefelder  
Westen

– Naturheilkunde –  
– Homöopathie –

Apotheker Dietmar Becker e. K.  
Siechenmarschstraße 32  
33615 Bielefeld  
Telefon 05 21 / 12 25 41

[www.lorbeer-apotheke.de](http://www.lorbeer-apotheke.de)